

LESEN SIE MORGEN IN DER
PRESSE AM SONNTAG» Ghana im Goldrausch: Reportage aus
den westafrikanischen Minen «

MACHTKAMPF

Madagaskar
steuert auf
Bürgerkrieg zu

Präsident ruft Bevölkerung
auf, sich den Soldaten
entgegenzustellen.

ANTANANARIVO (ag.). Der Machtkampf in Madagaskar droht in einen Bürgerkrieg umzuschlagen: Meuternde Soldaten haben sich angeblich mehrerer Panzer bemächtigt und sind bereit, diese in der Hauptstadt Antananarivo gegen, wie sie sagen, „Söldner“ von Präsident Marc Ravalomanana einzusetzen. Der hat im Gegenzug die Bevölkerung aufgerufen, sich den meuternden Soldaten entgegenzustellen.

Die Lage ist seit Tagen völlig unübersichtlich. Nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers und der proklamierten Absetzung des Armeechefs durch die Meuterer ist unklar, wer welche Einheiten der Armee kontrolliert. US-Botschafter Niels Marquardt hatte am Donnerstagabend vor einem Bürgerkrieg gewarnt und US-Bürger zum Verlassen des Landes aufgefordert.

Schüsse auf Demonstranten

Seit Monaten schwelt ein Machtkampf zwischen Ravalomanana und seinem Erzfeind, Andry Rajoelina, dem früheren Bürgermeister der Hauptstadt. Nachdem dieser den Präsidenten – völlig folgenlos – wiederholt für abgesetzt erklärt hatte, verfügte Ravalomanana im Gegenzug die Entfernung seines Rivalen aus dem Bürgermeisteramt. Bei blutigen Zusammenstößen beider Lager, an denen auch die Sicherheitskräfte beteiligt waren, starben mehr als 130 Menschen. Alleine die Präsidentengarde tötete im Februar auf einen Schlag 28 Demonstranten, als sie ohne Vorwarnung in die Menge feuerte.

Rajoelina wirft dem Präsidenten den „Ausverkauf des Landes“ vor. Damit meint er einen Deal, den Ravalomanana mit dem südkoreanischen Daewoo-Konzern abschließen möchte: Daewoo will 1,3 Mio. Hektar Land kaufen – eine Fläche halb so groß wie Belgien –, um dort Soja und Mais für den asiatischen Markt anzubauen. Dieses Vorhaben ist in der Bevölkerung sehr umstritten.

in Kürze

Kritik an Nordkorea

Wegen Nordkoreas Ankündigung, Anfang April einen Satelliten ins All zu schießen, verlangt Südkorea eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Der Süden wirft dem Norden vor, in Wahrheit eine militärische Langstreckenrakete testen zu wollen. Auch Pjöngjangs Verbündeter China fordert von Nordkorea Zurückhaltung.

Iran-Sanktionen verlängert

Trotz erster Gesprächsangebote an Teheran hat US-Präsident Barack Obama die Sanktionen gegen den Iran um ein Jahr verlängert. Das Land sei eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA.

Entführer wollen Lösegeld

Die Kidnapper der drei in Darfur entführten „Ärzte ohne Grenzen“-Mitarbeiter wollen Lösegeld. Das berichteten Sudans Behörden. Der Aufenthaltsort der Entführten sei lokalisiert worden.

„Langer Marsch“ in Polizistenarme

PAKISTAN. Anwälte des Landes sagen auch dem neuen Präsidenten Zardari den Kampf an.



Schwarze Herren mit Bambusstöcken. Pakistanische Anwälte wollen von der Regierung die Wiedereinsetzung abgesetzter Höchstrichter erzwingen.

Von unserem Korrespondenten
SASCHA ZASTIRAL

DELHI/ISLAMABAD. Es ist ein politisches Déjà-vu: Wieder gehen in Pakistan Anwälte auf die Straße. Anhänger der Opposition begleiten die Juristen und schwenken die Fahnen ihrer Parteien. Sie skandieren Sprechchöre gegen die Regierung. Wieder kommt es zu Gewalttaten: Männer in schwarzen Anzügen zerstören Plakate von regierungstreuen Gegendemonstranten und greifen Polizisten an. In Karatschi prügeln Sicherheitskräfte auf die Juristen ein und nehmen viele von ihnen fest, darunter zahlreiche Frauen. Wieder gehen Bilder von blutüberströmten Anwälten um die Welt.

750 Verhaftungen

Aus Karatschi und Quetta setzten sich seit Donnerstag Züge der Juristen in Richtung Hauptstadt in Bewegung. Anwälte aus anderen Landesteilen wollten sich gestern dem „Langen Marsch“ auf Islamabad anschließen, zu dem Anwaltskammern im gesamten Land aufgerufen haben. Es sind massive Zusammenstöße zu befürchten.

Die Regierung hat in weiten Landesteilen öffentliche Versammlungen verboten. Über 750 Demonstranten wurden bis Freitag festgenommen, die Protestzüge in etlichen Provinzen von Sicherheitskräften abgeblockt.

Erneut fordern die Juristen, der Präsident solle die Ende 2007 entlassenen obersten Richter des Landes wieder einsetzen. Ihr Zorn richtet sich dabei gegen den demokratisch gewählten Präsidenten, Benazir Bhuttos Witwer Asif Ali Zardari. Denn entgegen seinen Wahlkampfversprechen hat er bisher nur einige wenige der 60 höheren Richter des Landes wieder

eingesetzt, die sein Vorgänger, Diktator Pervez Musharraf, aus dem Amt geworfen hatte.

Im November 2007 hatte Iftikhar Chaudhry, der oberste Richter des Landes, gedroht, er werde die „Verfassungsmäßigkeit“ der Präsidentschaft Musharrafs überprüfen. Der entließ daraufhin die meisten hohen Richter des Landes und setzte Gefolgsleute ein. Doch die Reaktion darauf fiel heftiger aus, als Musharraf erwartet hatte.

Das „Spiel“ des Nawaz Sharif

Denn viele Juristen, die oft genug mit den Militärdiktaturen des Landes kooperiert hatten, wandten sich gegen den Staatschef. Sie setzten Massenproteste in Gang, an deren Ende Musharraf im August 2008 nur noch abtreten konnte. Die neue Regierung und der demokratisch gewählte Präsident Zardari sollten die Justiz wiederherstellen. Dazu kam es nie.

Denn Zardari saß wegen etlicher Vergehen zehn Jahre in pakistanischen Gefängnissen. Die rechtmäßigen, von Musharraf entlassenen Richter hätten Zardari wegen seiner Vergangenheit aus seinem Amt entfernen können.

Daher beließ er alles beim Alten. Darüber zerbrach im August 2008 endgültig die Große Koalition, die Zardaris Pakistanische Volkspartei mit der Nawaz-Muslim-Liga des zweifachen Expremiers Nawaz Sharif eingegangen war. Sharif zog sich in die Opposition zurück. Vor knapp zwei Wochen verschärften die immer noch amtierenden Musharraf-Richter die Lage: Sie urteilten, dass Nawaz Sharif und sein Bruder Shahbaz „nicht geeignet“ seien, öffentliche Ämter zu bekleiden. Shahbaz verlor seinen Sitz in der Regionalversammlung der Provinz Punjab und musste sein Amt als Ministerpräsident der Provinz niederlegen.

Allerdings, bemerken Beobachter, haben die Sharifs den Richtern kaum eine andere Wahl gelassen: Sie erschienen zu keiner Anhörung und erklärten den Obersten Gerichtshof des Landes in seiner jetzigen Zusammensetzung mehrfach für „illegal“. Daher führen die beiden Sharif-Brüder nun die Proteste gegen die Regierung an.

Angesichts der vielen anderen massiven Probleme, mit denen das Land zu kämpfen hat, stehen Pakistan unruhige Zeiten bevor.

AUF EINEN BLICK

■ Pakistans Anwälte wollen mit einem Demonstrationszug nach Islamabad die Wiedereinsetzung von gefeuerten Verfassungsrichtern erzwingen. Präsident Zardari hat noch im Wahlkampf deren Wiedereinsetzung versprochen, zum Unmut der Anwälte entsprechende Schritte aber unterlassen.

AFGHANISTAN

Auf der Suche nach „gemäßigten Taliban“

Obama ist zu Gesprächen mit „Moderaten“ bereit. Experten warnen vor zu hohen Erwartungen.

VON TERESA SCHAUR

WIEN/KABUL. Noch setzen die USA weiter auf militärische Härte: Bei einem Drohnenangriff auf ein Trainingslager der Taliban in Pakistans Grenzregion zu Afghanistan wurden am Freitag mindestens 24 Menschen getötet. Gleichzeitig plant US-Präsident Obama in Afghanistan eine zweite Strategie: Gespräche mit „gemäßigten Taliban“. Seither rätselt die Welt, wen genau er damit meint.

Es gebe gar keine gemäßigten Taliban, erklärten unisono westliche Beobachter und die Taliban selbst. Was es gibt, sind frühere Mitglieder der gestürzten Taliban-Regierung, die heute nicht mehr zu den Islamisten gehören, aber als Vermittler fungieren. Zum Bei-

spiel Ex-Außenminister Wakil Ahmad Muttawakil, der an Geheimverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban in Riad teilgenommen hat.

Banditen und Stammesführer

Vielleicht ist der Begriff auch nur unglücklich gewählt. Gemeint seien nicht die „ideologisch verbohrt“ Taliban, sondern jene Gruppen, die aus verschiedenen Gründen auf Seiten der Taliban kämpfen, glaubt Conrad Schetter, Afghanistan-Experte am Zentrum für Entwicklungsforschung der Uni Bonn. Das seien Banditen und Kriminelle, ebenso wie Stammesälteste – „all jene also, die sich durch die internationale Besatzung mehr bedroht fühlen als durch die Taliban“. Zum Tali-

ban sich als Beschützer der afghanischen Einheit gegen die Besatzer von außen präsentieren.

Auch sei die Idee, das Gespräch mit Aufständischen zu suchen, nicht neu. Schon seit drei Jahren würden viele Akteure „eingekauft“ und mit Verwaltungsposten versorgt. Adressat von Obamas Botschaft sei daher der Westen gewesen. Schetter: „Akteure, die bisher negativ bewertet wurden, werden als Gesprächspartner akzeptabel.“ Die Strategie, die Gegner zu spalten, hat schon im Irak zum Erfolg geführt. Die Zusammenarbeit mit sunnitischen Stämmen führte dort zu einem merklichen Rückgang der Gewalt.

Allerdings: Der Irak ist nicht Afghanistan. „Das System in Afghanistan basiert auf Netzwerken“,

erklärt Schetter. Dort gebe es keine klare Frontziehung. „Die Macht haben jene, die gute Verflechtungen zu beiden Seiten haben.“ Viele Akteure würden in einer großen Grauzone operieren und je nach aktuellem Stammeskonflikt die Seiten wechseln. „90 Prozent der Konflikte drehen sich um Land- und Wasserrechtsfragen. Die Ideologie ist da oft nur übergestülpt.“

Der Thinktank „International Crisis Group“ warnte gestern vor zu hohen Erwartungen in Gesprächen mit „gemäßigten Taliban“. Frühere Vereinbarungen mit Aufständischen seien innerhalb kurzer Zeit kollabiert und hätten nur zur Stärkung der Gewalttäter geführt. Viel wichtiger sei, Afghanistans Armee und Polizei zu schlagkräftigen Einheiten zu machen.